

AR/fs

23. September 1977

Gespräch mit Richard Cooper, Under Secretary
for Economic Affairs, am 22. September in Washington

Anwesend : Richard N. Cooper, Under Secretary for Economic
Affairs

Paul L. Laase, Office of OECD, European Community
and Atlantical Political Economic
Affairs

Präsident F. Leutwiler

Botschafter P. Jolles

Botschafter R. Probst

S. Arioli

1. Bilaterale Handelsfragen

J. schildert die Geschichte und den gegenwärtigen Stand des Tiger-Offset-Geschäftes. Der bisher geringe Grad der amerikanischen Offset-Käufe hat in der Schweiz grosse Unzufriedenheit verursacht und könnte demnächst zu einem ernsthaften politischen Problem werden. Wir bereiten Kontakte auf hohem Niveau mit dem DoD vor und hoffen, wenn nötig auf die Unterstützung des Staatsdepartementes zählen zu dürfen.

J. erläutert kurz unsere Käse-Exportpolitik. Er weist auf den Briefwechsel mit dem Schatzamt über den "Waiver" und den darin enthaltenen Verzicht auf die Ausnützung des Emmenthaler-Kontingentes. Die Uebertragung dieses Kontingentes durch das USDA auf andere europäische Lieferländer steht damit in

. / ..

- 2 -

Widerspruch. Hauptsorge ist aber, was geschehen soll bei Ablauf des "Waivers".

Schliesslich weist J. kurz auf die neuen Regeln der FDA für "good laboratory practices" hin, die für die Schweiz das rechtlich und politisch schwerwiegende Problem der Inspektionen durch ausländische Beamte aufwerfen.

2. Wirtschaftslage

Auf Wunsch von C. gibt L. einen kurzen Ueberblick über die Situation der schweizerischen Wirtschaft. Das BSP ist steigend, wenn auch von der Basis null. Die Steigerung ist einer höheren Produktivität zu verdanken, da ^{die} Zahl der Arbeitskräfte immer noch abnimmt. Die grösste Sorge gilt den starken Kursschwankungen, wie wir sie gerade in diesen Tagen wiederum erleben. Die Gründe dafür sind manchmal schwer eindeutig festzulegen. Im Juli wurden die Schwankungen den Aeusserungen Blumenthals zugeschrieben. Jetzt mag vielleicht die Ungewissheit über die Wirtschaftsentwicklung in den USA und der BRD eine Rolle spielen.

Zur Wirtschaftslage in den USA bemerkt Cooper, dass der übererwartet starken Expansion im ersten Halbjahr nun ein schwächeres zweites Halbjahr folgen werde, doch sollten die Zieldaten bis Ende Jahr nahezu erreicht werden. Mittelfristig gehen die Prognosen auf ein stetiges, wenn auch recht geringes Wachstum.

. / ..

- 3 -

Im Herbst, wenn neue Daten vorliegen, werde sich die Schlüsselfrage stellen, ob weitere Stimulierungsmassnahmen zu ergreifen seien. Der Präsident sei wahrscheinlich nicht abgeneigt, sofern die Notwendigkeit sich nachweisen lasse, und der Kongress sei grundsätzlich für mehr Staatsabgaben. Inflationäre Folgen seien angesichts des Auslastungsgrades der Industrie von 80 %, der Arbeitslosigkeit von 7 % und der Möglichkeit, die Budgetdefizite durch den Kapitalmarkt zu finanzieren, nicht zu befürchten.

Zur Weltwirtschaftslage bemerkt C., dass Japan, das er kürzlich besucht hat, durch Stimulierung der Binnenwirtschaft das Wachstumsziel erreichen werde. Der grosse Handelsbilanzüberschuss bleibe aber bestehen. Ein weiteres Problem sei die Stagnation in Europa, namentlich in der BRD. Frankreich stehe verhältnismässig noch gut da. Auf den Einwand von L., dass wirksame Stimulierungsmassnahmen in der BRD kaum möglich seien, erwidert C., dass technisch das Mittel in einer Herabsetzung der Mehrwertsteuersätze bestehen würde. Politisch sei das aber offenbar nicht durchführbar. Darin liege aber eben gerade das Grundproblem für alle Industrieländer : Das System sei "politically overdetermined", was im Grunde der Situation entspreche, die in den 30er-Jahren zur Krise geführt hätten.

. / ..

C. weist im übrigen auf die ausgeprägte protektionistische Tendenz im Kongress hin. Der Freihandel werde nur von einer kleinen Gruppe von Beamten verfochten. Schwerwiegende Probleme könnten sich auch aus den im Kongress debattierten Menschenrechtsklauseln für die amerikanische Auslandshilfe ergeben.

Das amerikanische Handelsbilanzdefizit sei z.T. zyklisch bedingt, z.T. durch die Energieimporte verursacht. In Anbetracht des Alaska-Oels dürfe mit einer Besserung gerechnet werden.

3. MTN

J. unterstreicht, dass gerade in dieser Situation den MTN eine hervorragende Bedeutung zukomme, um die Anstrengungen auf eine neue handelspolitische Disziplin zu richten. C. weist darauf hin, dass in der Diskussion meistens zwei Probleme vermischt werden: Einerseits die Schwierigkeiten, die sich aus der allgemeinen schwachen Nachfrage ergeben, wie z.B. für die Stahlindustrie, andererseits die Folgen für ein einzelnes Land aus unfairen Handelspraktiken.

Die schweizerische Zollabbauformel für die MTN bezeichnet C. als nützlichen Ausgangspunkt.

Zur Lage der einzelnen Länder bemerkt C., dass die EG nach wie vor defensiv seien, während Japan etwas flexibler geworden

- 5 -

sei und den USA folgen werde. J. weist auf die aktive Haltung der Schweiz hin, die auch versuche, die skandinavischen Länder aus ihrer Defensive herauszubringen.

4. Nord-Süd

Die Nützlichkeit der CES-Sitzung vom 8. September wird beiderseits anerkannt. C. ist über eine amerikanische Zustimmung zu der Neuen Wirtschaftsordnung an der laufenden UN-GV nicht orientiert. Seines Erachtens sind die Auswirkungen eines Misserfolgs der Verhandlungen über den Gemeinsamen Fonds im November viel ernster als die Differenz über die Bewertung der CIEC in der UNO. Sofern man sich für die UNCTAD-Verhandlungen über den Gemeinsamen Fonds weiterhin auf die Vorbereitung in den beiden Ländergruppen beschränkt, wird man dort zwei gründlich ausgehandelte Texte konfrontieren, ^{was} den Misserfolg geradezu präjudiziere. C. habe deshalb Korea vorgeschlagen, vor den Verhandlungen informell in einer kleinen Gruppe von Vertretern beider Seiten zu diskutieren. Da Korea von den Industrieländern als Vermittler kaum angenommen würde, habe er angeregt, mit der Organisation dieser Treffen McIntyre (Barbados) zu beauftragen, der hiefür persönlich sehr geeignet wäre.

Was den Gemeinsamen Fonds angehe, so wären die USA nun bereit ,

. / ..

- 6 -

ihm die Befugnisse zur Aufnahme von Geldmitteln zu geben. Der grundlegende Auffassungsunterschied liege aber darin, dass die USA ihm nur Dienstleistungsfunktionen gegenüber den Rohstoffübereinkommen zugestehen, während die 77 nach wie vor an einer katalytischen Rolle festhalten. Wie die laufenden Zuckerverhandlungen beweisen, seien indessen Rohstoffabkommen bisher nicht an der Frage der Finanzierung gescheitert.

J. unterstreicht, dass an der CIEC dem Gemeinsamen Fonds eine Schlüsselrolle zuerkannt worden sei. Damit die UNCTAD-Verhandlungen nicht in eine Sackgasse geraten, sei ein ernsthafter Vorschlag der Industrieländer vorzulegen, der die Aufnahme von technischen Gesprächen nach sich ziehe, so dass es nicht von Anfang an zur Konfrontation komme. Den Entwicklungsländern müsste ein "zweites Fenster" offeriert werden. C. gesteht ein, dass die Finanzierungsfunktionen für Rohstoffübereinkommen und die "anderen Massnahmen" (Diversifikation, Vermarktung, Produktverbesserung) zu unterscheiden seien. Diese seien für die Lateinamerikaner negoziabel, während die Afrikaner sich unnachgiebig zeigen.

Zur Frage des Management bemerkt C., dass die USA ein Leitungsorgan für den Gemeinsamen Fonds akzeptieren würden. Eine Lösung für die Stimmrechtsverhältnisse sehe er persönlich darin, dass die Stimmen entsprechend den individuellen, finanziellen Leistungen der Länder an die einzelnen Rohstoff-

. / ..

- 7 -

übereinkommen verteilt würden. Die technische Frage, ob dies angesichts der unterschiedlichen Finanzierungsmechanismen der Uebereinkommen möglich sei, befände sich in Prüfung.

Im Bereich des Handels haben nach C. die kürzlichen amerikanischen Kontakte mit den ASEAN-Ländern, Mexiko und Brasilien gezeigt, dass diese grosses Interesse an den MTN hätten und nicht auf einem dauerhaften Präferenzsystem beharren würden.

5. CES

Es besteht Uebereinstimmung, dass ein Bericht der hochrangigen Gruppe für Rohstoffe über ihre Beratungen betreffend den Gemeinsamen Fonds nützlich sei. Ferner seien unter dem Traktandum Nord-Süd zu behandeln Verschuldung, Handel, Privatinvestitionen, Energie. Der globale wirtschaftliche Approach des Nord-Süd Problems sei, wegen der Abgrenzung zum DAC, zu bekräftigen. Zum Thema Investitionen bemerkt C., dass die schweizerischen Investitionsschutzabkommen von den amerikanischen Behörden mit grossem Interesse geprüft worden seien.

Zum Agendaentwurf bemerkt J., dass in Ziffer 3 die MTN aufgenommen werden sollten und dass der Abschnitt über Energie wesentlich auszubauen sei.

Zum Traktandum Ost-West orientiert J., dass zwei Berichte

. / ..

- 8 -

zu erwarten seien und dass Froment-Meurice am 8. September dem Traktandum im Sinne eines Informationsaustausches, nicht aber im Sinne der Formulierung einer gemeinsamen Politik zugestimmt habe.

Als zukünftige Themen seien in Betracht zu ziehen, eine Reaktivierung des "horizontal approach" sowie die Ursachen struktureller Probleme.

(S. Arioli)